

Medienmitteilung ALV

Thema	Revision der Arbeitslosenversicherung
Für Rückfragen	Jan Flückiger, Tel +41 31 323 05 30, Mobile +41 79 440 71 25
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	10. März 2010

Revision der Arbeitslosenversicherung

Der flexible Arbeitsmarkt in der Schweiz darf nicht durch Überregulierung gefährdet werden. Jungen Berufsleuten, die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, muss jedoch mit Sondermassnahmen geholfen werden. Die Grünliberalen stehen für ein funktionierendes Netz von differenzierten Massnahmen und Hilfestellungen ein. Die Grünliberalen befürworten eine Arbeitslosenversicherung, welche die Möglichkeit zu einer schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fördert und dazu Anreize bietet. Zwischenverdienste – also vom RAV teilsubventionierte private Stellen – sind dabei wirkungsvoller als staatliche Beschäftigungsprogramme.

Die Grünliberalen erachten den vergleichsweise flexiblen und wenig regulierten Arbeitsmarkt in der Schweiz als grossen Standortvorteil. Darin sehen sie auch einen Grund für die traditionsgemäss tiefe Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Trotzdem gibt es natürlich, gerade in konjunkturellen Krisen Einzelschicksale, die es zu beachten gilt.

Junge Berufsleute sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Während von Schulabgängern, die eine Lehrstelle suchen, nur etwa 2,5 Prozent nicht fündig werden liegt die Arbeitslosenquote bei jenen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben etwa doppelt so hoch. Hier sind griffige, angemessene Massnahmen notwendig.

Die Grünliberalen stehen für ein funktionierendes Netz von differenzierten Massnahmen und Hilfestellungen für die Betroffenen ein. Dieses Netz muss genügend tragfähig sein und eine vernünftige Maschenweite haben. Es soll zum Tragen kommen, wenn die individuellen Anstrengungen Arbeitslosigkeit nicht abwenden können.

Die Grünliberalen befürworten eine Arbeitslosenversicherung, welche die Möglichkeit zu einer schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fördert und dazu Anreize bietet. Zwischenverdienste - vom RAV teilsubventionierte private Stellen – sind wirkungsvoller und deshalb staatlichen Beschäftigungsprogrammen vorzuziehen. Zudem gilt: Arbeit muss sich lohnen. Das Einkommen darf nicht durch verzerrte Beitragsskalen zu Nichte gemacht werden, so dass das Nichtantreten einer Arbeitsstelle finanziell lukrativ ist. Das sind falsche Anreize.

Neben dieser aktiven Beschäftigungspolitik durch den Staat, soll aber primär der Anreiz zur Eigeninitiative bei der Stellensuche gefördert werden, etwa durch die in der Bezugsdauer gestaffelte Höhe des Taggelds.